

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzungstermin:	Freitag, 10.10.2025, 14:00 Uhr
Raum, Ort:	Konferenzräume 2-4 des BraWoPark Business Centers III, Willy-Brandt-Platz 13, 38102 Braunschweig
Beginn:	14:00 Uhr
Ende:	17:55 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

bis 17:45 Uhr

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

ab 14:49 Uhr, bis 17:10 Uhr

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Thorsten Köster - CDU

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Thomas Behrens - Die FRAKTION. BS

ab 14:14 Uhr

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

Herr Mathias Möller - FDP

Frau Anneke vom Hofe - AfD

bis 16:34 Uhr; Vertretung für: Herrn Stefan Wirtz

sachkundige Bürger

Herr Jens Lüttge - Bürgermitglied

Frau Susanne Schroth - Bürgermitglied

bis 17:45 Uhr

Herr Dr. Frank Schröter - Bürgermitglied

bis 17:44 Uhr

Herr Dr. Helge Wendenburg - Bürgermitglied

Herr Torsten Busch - vom Vorstand des Behindertenbeirats bestimmter Vertreter

Vertretung für: Herrn Aytekin Demirbas

Herr Christian Grußka - Vertreter der Polizei

bis 17:51 Uhr

Frau Gunhild Salbert - vom Vorstand des Seniorenrates bestimmte Vertreterin

Herr Martino Rossi - Vertreter des Jugendparlaments bis 17:35 Uhr

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Frau Anna Katharina Hanusch - Dezernentin VIII

Herr Stephan Kühl - FBL 60

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Burkhard Wiegel - FBL 66

Herr Peter Geisenhainer-Anhalt - RefL 0660

Herr Jens-Christian Kügler - FBL 06

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Frau Pauline Becker - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Matthias Disterheft - SPD

entschuldigt

weitere Mitglieder

Herr Stefan Wirtz - AfD

entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Jan Höltje - Bürgermitglied

entschuldigt

Herr Oskar Schwarz - Bürgermitglied

entschuldigt

Herr Aytekin Demirbas - vom Vorstand des
Behindertenbeirats bestimmter Vertreter

entschuldigt

Verwaltung

Herr Dirk Franke - FBL 65

entschuldigt

Frau Katja Langer - RefL 0650

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Mitteilungen
- 2.1. Sachstandsbericht zum Bankspendenprogramm "Meine Bank für Braunschweig" 25-26458
- 2.2. Folgen der Beschlüsse des RGB zur Regiobus-Finanzierung 25-26529
- 2.3. Fortschreibung des Zukunftskonzepts "Kläranlage 2030" 25-26412
- 2.4. Planung der dritten Veloroute in die Weststadt, nach Broitzem und Timmerlah 24-24402-03
3. Anträge
- 3.1. Schnellere Öffnung des Bahnübergangs Grünewaldstraße 25-26380
- 3.1.1. Schnellere Öffnung des Bahnübergangs Grünewaldstraße 25-26380-01
- 3.1.2. Änderungsantrag zu Ds. 25-26380: Schnellere Öffnung des Bahnübergangs Grünewaldstraße 25-26618
(Neu)
4. Abfallwirtschaftskonzept 2026-2030 25-26558
5. Neunte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) 25-26124
6. Zweite Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) 25-26453
7. Anpassung der Parkregelungen um den TU Hauptcampus 25-26472
- 7.1. Anpassung der Parkregelungen um den TU Hauptcampus 25-26472-01
(Neu) Änderungsantrag zur Vorlage 25-26472
8. Umfeldgestaltung Ferdinandbrücke 25-26440
- 8.1. Umfeldgestaltung Ferdinandbrücke 25-26440-01
(Neu)
9. Erschließung der IGS Wendenring (6. IGS) 25-26491
- 9.1. Erschließung der IGS Wendenring (6. IGS) 25-26491-01
(Neu)
10. Anfragen

10.1. Mündliche Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie informiert, dass Ratsherr Disterheft, die Bürgermitglieder Höltje sowie Schwarz entschuldigt fehlen und Ratsherr Wirtz durch Ratsfrau vom Hofe vertreten wird. Ratsfrau Jalyschko sowie Ratsherr Behrens werden mit Verspätung an der Sitzung teilnehmen.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler verlässt um 14:03 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsherr Kühn verlässt um 14:03 Uhr die Sitzung.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 6 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Mitteilungen

2.1. Sachstandsbericht zum Bankspendenprogramm "Meine Bank für Braunschweig" 25-26458

Stadträtin Hanusch erläutert die Mitteilung 25-26458.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler nimmt ab 14:04 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsherr Kühn nimmt ab 14:04 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsfrau Kluth lobt die Beteiligung der Stadtbezirksräte sowie der Bürgerinnen und Bürger und betont, dass diese Mitwirkung wichtig für die Akzeptanz und Identifikation mit den Maßnahmen ist.

Ratsherr Dr. Plinke äußert seine Anerkennung für die Fortschritte des Projekts und betont die Wichtigkeit, der Verwaltung die Entscheidung über die Platzierung und Installation der Bänke zu überlassen. Er weist darauf hin, dass die Standorte sorgfältig ausgewählt werden müssen und regt zudem an, Überlegungen zur Gestaltung der Spendenschilder anzustellen, um eine einheitliche und angemessene Darstellung zu gewährleisten. Er betont, dass die Spenderinnen und Spender klare Informationen darüber erhalten sollten, wie ihre Spende sichtbar gemacht werde.

Stadträtin Hanusch nimmt die Anregungen von Ratsherr Dr. Plinke auf und bestätigt, dass die bisherigen Rückmeldungen zum Zwischenstand des Projekts positiv seien. Sie kündigt an, dass die finale Vorlage zum Bankspendenprogramm noch in diesem Jahr erfolgen solle. Hinsichtlich der Gestaltung der Spendenschilder erklärt sie, dass derzeit einfache Plaketten in Betracht gezogen würden, und versichert, dass die konkreten Überlegungen in der finalen Vorlage detailliert dargestellt würden.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-26458 wird zur Kenntnis genommen.

2.2. Folgen der Beschlüsse des RGB zur Regiobus-Finanzierung

25-26529

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth begrüßt zur Mitteilung 25-26529 Herrn Hallmann, Leiter des Referats Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung und Wahlen.

Herr Hallmann erläutert die Mitteilung 25-26529.

Protokollnotiz: Ratsherr Behrens nimmt ab 14:14 Uhr an der Sitzung teil.

Bürgermitglied Dr. Schröter kritisiert, dass die Mitteilung unvollständig sei, da sie die Ursachen der Mittelkürzungen nicht ausreichend darstelle. Er hebt hervor, dass die Kürzungen auf gestiegene Kosten im ÖPNV, wie Lohnerhöhungen und gestiegene Benzinkosten, zurückzuführen seien und betont, dass die Landkreise und Städte eine Erhöhung der Verbandsumlage abgelehnt hätten, was die Kürzungen durch den Regionalverband notwendig gemacht habe. Bürgermitglied Dr. Schröter warnt vor den negativen Folgen der Taktreduzierungen, da diese die Nutzung des ÖPNV unattraktiv machen und zu einer höheren Verkehrsbelastung durch Individualverkehr führen könnten.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg ergänzt, dass die strukturellen Probleme im Regionalverkehr ebenfalls berücksichtigt werden müssten. Er fordert eine stärkere Planungshoheit des Regionalverbandes, um die Verkehrsleistungen effizienter zu gestalten und verweist auf einen Beschluss der Regionalversammlung aus den Jahren 2017/2018, der eine Reform der Strukturen gefordert habe, bislang jedoch nicht umgesetzt worden sei.

Stadtbaurat Leuer stimmt den vorangegangenen Ausführungen grundsätzlich zu, ergänzt jedoch, dass die Städte, Landkreise und der Regionalverband wegen der unzureichenden finanziellen Unterstützung des ÖPNV durch das Land, bei der Niedersachsen im Bundesvergleich den letzten Platz belegt, gemeinsam gegenüber dem Land Niedersachsen auftreten sollten. Angesichts der schwierigen Haushaltslage der Kommunen fordert er, neue Finanzierungswege zu prüfen, um den ÖPNV langfristig besser zu fördern - idealerweise durch eine gemeinsame Initiative von Städten, Landkreisen und dem Regionalverband.

Ratsherr Behrens weist darauf hin, dass die Kürzungen nicht überraschend kämen, sondern auf die jahrelange Weigerung der Hauptverwaltungsbeamten zurückzuführen seien, die Verbandsumlage zu erhöhen. Er kritisiert, dass die Einsparungen von 900.000 Euro für Braunschweig zu einer erheblichen Verschlechterung des ÖPNV-Angebots führten; insbesondere für die Anbindung der Umlandgemeinden.

Ratsherr Köster betont, dass die Entscheidung des Regionalverbandes ein Kompromiss sei, der alle Beteiligten fordere. Er hebt hervor, dass auch Oberbürgermeister Dr. Kornblum als Mitglied des Regionalverbandes den Kürzungen zugestimmt habe. Ratsherr Köster fordert eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Kommunen, dem Regionalverband und dem Land Niedersachsen, um eine nachhaltige Finanzierung des ÖPNV sicherzustellen.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-26529 wird zur Kenntnis genommen.

2.3. Fortschreibung des Zukunftskonzepts "Kläranlage 2030"

25-26412

Als Gäste zu diesem TOP begrüßt die Ausschussvorsitzende Frau Dr. Gromadecki (Geschäftsführerin Abwasserverband Braunschweig), Herrn Dr. Trautmann (Geschäftsführer Aqua & Waste International GmbH), Herrn Hermanussen (Prokurist PFI Planungsgemeinschaft GmbH) und Herrn Siemers (Bereichsleiter Betrieb Stadtentwässerung Braunschweig GmbH).

Stadtbaurat Leuer führt in die Mitteilung 25-26412 ein.

Herr Dr. Trautmann stellt die Details des Zukunftskonzepts „Kläranlage 2030“ anhand einer Präsentation vor.

Bürgermitglied Dr. Schröter fragt, ob es möglich sei, durch Rückhalteoptionen für Regen- bzw. Mischwasser innerhalb der Stadt die Belastung der Kläranlage bei Starkregenereignissen zu reduzieren.

Herr Dr. Trautmann antwortet, dass dies grundsätzlich sinnvoll sei, jedoch aufgrund des Zeitdrucks, der beengten Platzverhältnisse im Bereich der in der Innenstadt liegenden Mischwasserkanalisation und der zunehmenden Häufigkeit extremer Regenereignisse kurzfristig keine Entlastung für die Kläranlage erwarten lasse. Die geplante Hybridlösung sei darauf ausgelegt, auch bei solchen Belastungen stabil zu arbeiten.

Frau Dr. Gromadecki ergänzt, dass die aktuellen Planungen bereits Starkregenereignisse und die damit verbundenen Anforderungen berücksichtigen würden. Sie hebt hervor, dass eine umfassende Datenauswertung durchgeführt worden sei, die sowohl die Ereignisse als auch die Zielsetzungen einbeziehe. Dabei werde auf bestehende Strukturen zurückgegriffen, um eine Vergleichsgrundlage für die Auslegung der Anlagen zu schaffen. Sie betont, dass es in einem Bestandsgebiet wie Braunschweig schwierig sei, beispielsweise ein Mischwassernetz in eine Trennkanalisation umzuwandeln, da die bestehende Bebauung dies erschwere und hohe Investitionen erfordere.

Herr Siemers erklärt, dass eine Umsetzung durch die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH nach Möglichkeit erfolgt, diese Möglichkeiten aber grundsätzlich limitiert sind.

Protokollnotiz: Ratsfrau Jalyschko nimmt ab 14:49 Uhr an der Sitzung teil.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg bezeichnet die vorgeschlagene Lösung als praktikabel, um den gestiegenen Anforderungen des EU-Beschlusses gerecht zu werden. Er stellt drei Fragen: Erstens zur Energiekostenbetrachtung, wobei er darauf hinweist, dass die Bundesregierung energieautarke Kläranlagen fördere und die Stromkosten bei Eigenproduktion niedriger angesetzt werden könnten. Zweitens fragt er nach der Funktionsweise des Aktivkohlefilters im Rieselfeld und drittens weist er auf die mögliche Kostenentlastung durch die EU-Kommunalabwasserrichtlinie hin, die eine Herstellerverantwortung der Pharma- und Kosmetikindustrie, die Hauptverursacher für Mikroplastik, Mikroschadstoffe und Spurenstoffe im Abwasser ist, vorsehe.

Herr Dr. Trautmann erklärt, dass die Aktivkohle Spurenstoffe wie Arzneimittelrückstände und Spurenstoffe absorbiere. Langfristig könnten diese Stoffe durch biologische Prozesse in dem mit Aktivkohle beaufschlagten Bodenfilter abgebaut werden, wodurch die Standzeit der Aktivkohle verlängert werde. Er ergänzt, dass es sich hierbei um ein innovatives Verfahren handle, das durch das Land Niedersachsen gefördert werde. Hinsichtlich der Herstellerverantwortung betont er, dass die Umsetzung aufgrund von Klagen der Pharma- und Kosmetikindustrie noch ungeklärt sei.

Frau Dr. Gromadecki ergänzt, dass ein seit vier Jahren laufendes Versuchsprojekt mit einem aktivierten Bodenfilter deutlich höhere Reinigungsleistungen zeigt als einfache Aktivkohle. Das Projekt wird vom Land Niedersachsen gefördert. Die Umsetzung in Deutschland hänge jedoch noch von Herstellerverantwortung (KARL) und Industrieentscheidungen ab. Die Förderzusage für den Bau eines Retentionsbodenfilters liegt vor. Energie- und Betriebskosten sind bei der Planung berücksichtigt, da die Anlagen nicht kostenfrei betrieben werden können.

Ratsherr Dr. Plinke fragt, ob die einzelnen Realisierungsschritte eigenständig wirtschaftlich geprüft wurden und wie sich der Zeitplan auf mögliche Kostensteigerungen auswirken könnte, da mit steigenden Kosten im Laufe der Zeit zu rechnen sei.

Herr Dr. Trautmann bestätigt, dass Kostensteigerungen durch Inflation und Baukostenentwicklung zu erwarten seien, jedoch derzeit keine massiven Anstiege wie in den vergangenen Jahren prognostiziert würden.

Herr Hermanussen ergänzt, dass die Kostenentwicklung schwer vorhersehbar sei, jedoch alle Maßnahmen langfristig notwendig seien, um die Abwasserreinigung aufrechtzuerhalten. Er betont, dass die aktuellen Planungen auf den derzeitigen Kosten basierten und zukünftige Ausschreibungen entsprechend angepasst werden müssten.

Ratsfrau Arning fragt, ob bei den geplanten Erweiterungsmöglichkeiten der Module auch die Thematik der PFAS-Chemikalien berücksichtigt wird.

Herr Dr. Trautmann informiert, dass PFAS-Chemikalien eine Stoffgruppe sind, die eine große Anzahl einzelner Stoffe enthält. Diese sind schwer abbaubar und weit verbreitet. Auf EU-Ebene werde über ein vollständiges Verbot diskutiert. Technisch sind Lösungen zum Rückhalt von PFAS möglich, aber noch nicht ausgereift. Teilweise können PFAS-Chemikalien über Aktivkohle reduziert werden, doch es gibt ähnlich wie bei anderen Spurenstoffen, wie Arzneimittelnrückständen, noch keine vollständige Lösung.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-26412 wird zur Kenntnis genommen.

2.4. Planung der dritten Veloroute in die Weststadt, nach Broitzem und Timmerlah 24-24402-03

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung 24-24402-03.

Bürgermitglied Dr. Schröter thematisiert die Bewertungsmethode der Trassen und hinterfragt, warum immer die gesamte Trasse bewertet wurde, statt einzelne Abschnitte zu analysieren, um sehr gut bewertete Teilabschnitte gesondert zu identifizieren.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass auch Abschnittsbetrachtungen vorgenommen wurden, obwohl in der Darstellung die Gesamtstrecken gezeigt werden. Die entsprechenden Unterlagen werden von der Verwaltung zusammengestellt und den Ausschussmitgliedern im Nachgang dieser Sitzung zur Verfügung gestellt.

Ratsherr Dr. Plinke hebt hervor, dass die Entwicklung einer „Roadmap“ einen bedeutenden Fortschritt darstelle. Er verweist auf die Sitzung dieses Ausschusses im Dezember 2024, in der bereits ausführlich über bestimmte Problembereiche diskutiert worden sei, und betont, dass sich an den damals geäußerten Positionen grundsätzlich nichts geändert habe. Er geht zudem auf die Kritik des Stadtbezirksrats 221 Weststadt ein, der eine alternative Veloroute von Timmerlah über das Nordende von Broitzem, durch die südliche Weststadt und in die Innenstadt hinein vorschläge.

Weiter zeigt Ratsherr Dr. Plinke Verständnis für die Kritik, dass diese Route nicht ins Herz der Weststadt führe, und schlägt vor, parallel eine optimierte Anbindung der Weststadt zu prüfen und bestehende beliebte Routen in der Weststadt zu verbessern, anstatt sie auf dem aktuellen Standard zu belassen. Zum Thema Frankfurter Platz äußert Ratsherr Dr. Plinke Verständnis für die Bedenken des Stadtbezirksrats 310 Westliches Ringgebiet, der die Führung über diesen Platz kritisch sehe. Er erkennt jedoch die Schwierigkeiten an, alternative Routen über die Helenenstraße, den Cyriaksring oder die Hugo-Luther-Straße zu optimieren und schlägt vor, hier in der Feinplanung Optimierungsmöglichkeiten (Freigabe von Parkflächen auf dem Frankfurter Platz für den Radverkehr) zu prüfen, um Konflikte zu vermeiden.

Ratsfrau Kluth weist darauf hin, dass der Frankfurter Platz ein zentrales Element des Quartiers darstelle und fragt, ob die Helenenstraße und der Cyriaksring im Rahmen der Vorplanung als alternative Routenführungen geprüft werden könnten. Sie betont, dass dies eine Möglichkeit sei, Schwachstellen der aktuellen Routenführung zu beheben, insbesondere im Hinblick auf das hohe Verkehrs- und Busaufkommen in der Hugo-Luther-Straße.

Stadtbaurat Leuer antwortet, dass die nächste Bearbeitungsphase die Vorplanung sei, in der die genannten Aspekte detailliert geprüft würden. Er bestätigt, dass für die Straße Am Lehmanager eine Lösung erforderlich sei, die sowohl den Anforderungen des Radverkehrs als auch des Individualverkehrs gerecht werde. Er erklärt, dass die Vorplanung auch die Frage berücksichtigen werde, ob eine Führung ins Herz des Quartiers oder eine alternative Route sinnvoller sei und betont, dass die Sorgen und Bedenken der Beteiligten aufgenommen worden seien und in die Planungen einfließen werden. Er geht zudem auf die Anmerkungen von Ratsherr Dr. Plinke ein und erläutert, dass die Gradlinigkeit der Veloroute ein wichtiger Aspekt sei, um unnötige Umwege zu vermeiden. Gleichzeitig müsse geprüft werden, wie Zubringerstrecken aus anderen Teilen der Weststadt komfortabel an die Veloroute angebunden werden könnten. Er betont, dass weitere Optionen geprüft würden, um eine gute Erreichbarkeit der Veloroute sicherzustellen.

Herr Dr. Wendenburg merkt an, dass alle vorgeschlagenen Routenvarianten über die Ferdinandbrücke führen würden. Er weist darauf hin, dass die Umfeldgestaltung der Brücke aufgrund statischer und denkmalschutzrechtlicher Vorgaben eingeschränkt sei und hinterfragt, ob es vor diesem Hintergrund möglich sei, hier eine größere Veloroute zu führen, obwohl die Brücke nicht für zusätzliche Belastungen ausgelegt sei.

Stadtbaurat Leuer erläutert, dass die Brücke an der betreffenden Stelle aufgrund ihrer Konstruktion und statischen Gegebenheiten nur begrenzt belastbar sei. Insbesondere die Gehwege könnten nicht verbreitert werden, da dies sowohl aus statischen als auch aus konstruktiven Gründen nicht umsetzbar sei. Er betont, dass die Brücke zwar für den Verkehr geeignet sei, jedoch keine ausreichenden Flächen für Aufenthaltsbereiche oder Möblierungen biete.

Ratsherr Kühn hebt hervor, dass die vor einem Jahr beschlossene Vorzugsvariante weiterhin sinnvoll erscheint. Zudem betont er, dass die verschiedenen Varianten Hinweise auf künftige, sinnvolle Radwege zur Erschließung der Weststadt geben und regt an, bestehende Radwege zu ertüchtigen, beispielsweise durch den Verzicht auf wassergebundene Decken. Er spricht sich weiter für die Förderung von Fahrradstraßen aus und betont, dass eine sinnvolle Verknüpfung der Wege mit den umliegenden Vierteln den Radverkehr bündeln und weiterentwickeln könne.

Ratsfrau Kluth erkundigt sich, ob diese Veloroute bis in die Innenstadt weitergeführt werde und fragt auch nach dem Planungsfortschritt der Veloroute Wallring.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass die Veloroute nicht direkt in die Innenstadt führe. Er gibt zu bedenken, dass es problematisch sei, eine Vielzahl von Velorouten in die Innenstadt zu führen. Stattdessen solle der Wallring nach seiner Auffassung als Verteilerpunkt dienen, von dem aus akzeptable und komfortable Verbindungen in die Innenstadt ermöglicht würden. Stadtbaurat Leuer erläutert, dass sich die Wallringroute selbst weiterhin in Bearbeitung befindet. Die Querungsstellen Celler Straße und Am Wendentor seien bereits abgeschlossen bzw. der Abschluss stehe kurz bevor. Hinsichtlich der Querung am Staatstheater sei die Planung zwar fortgeschritten, jedoch sei der Bau an dieser Stelle aufgrund der Komplexität und der parallelen Arbeiten an der Veloroute Helmstedter Straße noch nicht begonnen worden. Er betont, dass Eingriffe in den Bereich um den Hagenmarkt derzeit nicht möglich seien, da dies die verkehrliche Erreichbarkeit der Innenstadt beeinträchtigen würde.

Ergebnis:

Die Mitteilung 24-24402-03 wird zur Kenntnis genommen.

3. Anträge

3.1. Schnellere Öffnung des Bahnübergangs Grünewaldstraße 25-26380

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Änderungsantrag 25-26618 (TOP 3.1.2)

Ergebnis:

Der Antrag 25-26380 wird ersetzt durch den Änderungsantrag 25-26618.

3.1.1. Schnellere Öffnung des Bahnübergangs Grünewaldstraße 25-26380-01

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Änderungsantrag 25-26618 (TOP 3.1.2)

Ergebnis zu Stellungnahme 25-26380-01:

Die Stellungnahme 25-26380-01 wird zur Kenntnis genommen.

3.1.2. Änderungsantrag zu Ds. 25-26380: Schnellere Öffnung des Bahnübergangs Grünewaldstraße 25-26618

Ratsfrau Arning bringt für die Fraktion BIBS den Änderungsantrag 25-26618 ein, begründet diesen und beantragt eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte des Änderungsantrags 25-26618, der den Antrag 25-26380 ersetzt.

Ratsfrau Hahn erklärt, dass die SPD-Fraktion den Änderungsantrag 25-26618 ablehne. Sie äußert ihr Unverständnis darüber, dass die Thematik erneut behandelt werde, und betont, dass die Stadtverwaltung bereits Gespräche mit der Deutsche Bahn InfraGo (DB) führt. Sie weist darauf hin, dass es Baumaßnahmen an zahlreichen Bahnübergängen in Braunschweig und anderen Städten mit größerer Bedeutung gebe und kritisiert die Forderung nach einer mobilen Schrankenanlage als überzogen. Eine mehrjährige Bautätigkeit an dem Bahnübergang sei zudem bekannt gewesen.

Ratsherr Dr. Plinke führt aus, dass die Verwaltung bereits aktiv und eine zusätzliche Beschlussfassung dazu nicht erforderlich sei. Er spricht sich gegen eine mobile Schrankenanlage aus, da diese - insbesondere im Umfeld einer Schule - aus Sicherheitsgründen nicht vertretbar sei. Zudem sieht er in der Einladung eines Projektleiters der DB keinen Mehrwert, da keine verbindlichen Aussagen zu den Zeitplänen zu erwarten seien.

Ratsherr Behrens erinnert daran, dass die Entscheidung für eine höhengleiche Querung anstelle einer Unterführung zu einer vollständigen Neuplanung geführt habe, die zwangsläufig mit längeren Schließzeiten verbunden sei. Er betont, dass die Ratsmitglieder hierauf hingewiesen wurden und die Konsequenzen bei der Entscheidung im Rat bekannt waren.

Ratsherr Köster betont, dass alle Fraktionen ein Interesse an einer möglichst kurzen Sperrzeit des Bahnübergangs hätten. Er spricht sich dafür aus, einen Vertreter der DB für Erläuterungen einzuladen und beantragt, den Änderungsantrag zum Verwaltungsausschuss passieren zu lassen, da eine fraktionsinterne Beratung aufgrund der Kurzfristigkeit nicht möglich gewesen sei.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt den Geschäftsordnungsantrag von Ratsherr Köster auf passieren lassen zur Abstimmung. Sie stellt fest, dass dieser abgelehnt wird und lässt den Änderungsantrag weiter beraten.

Ratsfrau Jalyschko weist darauf hin, dass die DB mit einem Aushang am Bahnübergang schriftlich Stellung zur Schließzeit genommen habe und die Verantwortung für die eingetretene Verzögerung der Stadt für die veränderte Planung zuweist. Sie spricht sich gegen eine mobile Schrankenlösung aus und erinnert daran, dass sich die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN grundsätzlich für eine Unterführungslösung ausgesprochen habe, da diese die einzige Lösung sei, die dauerhaft und planbar eine Befahrbarkeit für den Rad- und Fußverkehr sicherstellt.

Ratsfrau Arning betont, dass es ihr um Transparenz und Aufklärung geht. Sie kritisiert die widersprüchlichen Zeitangaben über die Sperrung des Bahnübergangs und erklärt ihr Unverständnis, dass die Sicherung von Bahnübergängen mit Sicherungsposten an zahlreichen Bahnübergängen praktiziert werde, nur an der Grünwaldstraße solle dies nicht möglich sein.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg erklärt, dass die DB grundsätzlich gehalten sei, höhengleiche Querungen zu vermeiden. Die von der DB angebotene Unterführung hat das Bürgerbegehren jedoch abgelehnt. Bürgermitglied Dr. Wendenburg erwartet, dass das Planfeststellungsverfahren zu dem Ergebnis gelangt, dass eine höhengleiche Querung nicht realisierbar ist. Schon jetzt sollte deshalb aus seiner Sicht der Fokus auf alternative Lösungen (z. B. Berliner Straße) gelegt werden.

Herr Rossi ergänzt, dass höhengleiche Querungen aufgrund der langen Schließzeiten und der Sicherheitsrisiken problematisch seien. Er betont, dass der Ratsbeschluss gegen eine Unterführung ein Fehler gewesen sei, da diese eine dauerhafte und planbare Lösung dargestellt hätte.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Punkte 1 - 3 des Änderungsantrags 25-26618 einzeln zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis zum Antrag auf passieren lassen:

dafür: 3 dagegen: 7 Enthaltungen: 0

Beschluss:

- Neu:** 1. Die Verwaltung der Stadt Braunschweig wird durch diesen Beschluss verpflichtet, sich bei der DB InfraGo AG und ggf. weiteren zuständigen Stellen für eine zeitliche Verkürzung der Schließung des Bahnübergangs Grünwaldstraße einzusetzen. Nach den notwendigen Umbaumaßnahmen sollte der Übergang umgehend von der Deutschen Bahn wieder zur Querung freigegeben werden.
2. Bis zur Fertigstellung der digitalen Schrankensteuerung soll die Sicherung des Bahnübergangs über eine mobile Schrankenanlage ermöglicht werden.

3. Die Verwaltung wird gebeten, die für den Umbau des Bahnübergangs verantwortliche Person der DB InfraGo AG zur Erläuterung der Zeitschiene in den Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben einzuladen. Sollte ein Erscheinen des/der Sachverständigen im Ausschuss nicht möglich sein, wird die Verwaltung gebeten, die Erläuterung des Zeitrahmens aktiv schriftlich bei der DB InfraGo AG zu erfragen und die Ratsmitglieder anschließend umgehend über die Antwort der Bahn zu informieren.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag 25-26618 (Empfehlung an VA und Rat):

zu Ziffer 1: dafür: 0	dagegen: 7	Enthaltungen: 3
zu Ziffer 2: dafür: 0	dagegen: 7	Enthaltungen: 3
zu Ziffer 3: dafür: 0	dagegen: 7	Enthaltungen: 3

4. Abfallwirtschaftskonzept 2026-2030

25-26558

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 25-26558 ein.

Ratsherr Dr. Plinke kündigt seine Zustimmung zur Vorlage 25-26558 an. Auf seine Nachfrage zu einer möglichen früheren Umsetzung im Rahmen des Konzepts bis 2030 erläutert Stadtbaurat Leuer, dass die Prüfungen noch nicht vollständig abgeschlossen seien und die bestehende Notwendigkeit, Nutzen und Kosten bestimmter Maßnahmen (wie etwa einer Restabfallvorbehandlungsanlage) sorgfältig zu bewerten. Die Prüfungen seien für 2026 und 2027 vorgesehen, um eine mögliche Umsetzung innerhalb der Gültigkeitsdauer des Konzepts zu ermöglichen.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg hebt die Ergebnisse der Hausmüllanalyse hervor, die zeigten, dass über 50 % der Stoffe im Restabfall nicht korrekt entsorgt würden. Er betont, dass diese Stoffe aus dem Restabfall entfernt werden müssten, um die Abfallwirtschaft für die Stadt zu optimieren. Er lobt das AWIKO als gut aufgestellt und betont die Bedeutung einer sorgfältigen Vorbereitung für die Ausschreibung.

Ratsherr Kühn erklärt für die SPD-Fraktion die Zustimmung zur Vorlage 25-26558. Er unterstreicht die Priorität, Wertstoffe bereits bei der Mülltrennung durch die Bürgerinnen und Bürger aus dem Restmüll zu entfernen, um eine spätere aufwendige Sortierung zu vermeiden. Er verweist auf Erfahrungen anderer Kommunen, die gezeigt hätten, dass eine nachträgliche Sortierung ineffizient sei. Zudem sieht er Potenzial in der Förderung von Trennverhalten, insbesondere durch Bildungsmaßnahmen an Schulen, die langfristig auch in den Haushalten Wirkung zeigen könnten. Er regt an, diese Ansätze in den kommenden Jahren weiterzuentwickeln.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 25-26558 zur Abstimmung.

Beschluss:

Das beigelegte Abfallwirtschaftskonzept (AWIKO) der Stadt Braunschweig wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 10	dagegen: 0	Enthaltungen: 0
-----------	------------	-----------------

Protokollnotiz: Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth unterbricht die Sitzung in der Zeit von 16:02 Uhr bis 16:11 Uhr für eine Sitzungspause.

**5. Neunte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur
Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der
Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung)**

25-26124

Die Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage 25-26124 zur Abstimmung.

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Neunte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

**6. Zweite Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für das
Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt
Braunschweig (ParkGO)**

25-26453

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 25-26453 ein.

Ratsfrau Arning erinnert an Fragen ihrer Fraktion zur Parkraumbilanz, die in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung am Vortrag von der Verwaltung nicht beantwortet werden konnten.

Herr Wiegel antwortet hierzu, dass in der Parkzone 1b rund 1.665 Parkplätze bestehen, davon etwa 300 für Bewohner. Im April waren die insgesamt vorhandenen Parkplätze nur zu etwa 50 Prozent ausgelastet. Die Verwaltung überprüft die Situation regelmäßig und nimmt bei Bedarf Anpassungen vor.

Ratsherr Dr. Plinke kritisiert, dass zahlreiche Unternehmen über Stellplätze auf dem eigenen Grundstück verfügen und die Vorlage keine Differenzierung für gewerbliche Nutzende vorsieht, sondern durch die Einführung von Wochen- und Monatsstickets wieder Dauerparker angezogen werden, die ursprünglich durch die Kurzzeitparkregelung ausgeschlossen wurden. Dies gefährde die beabsichtigte Zielsetzung der Parkraumbewirtschaftung auf dem Wallring. Außerdem bemängelt er, dass keine Anpassung der Parkgebührentarife erfolgt ist, was in der angespannten Haushaltslage der Stadt zusätzliche Einnahmen bringen könnte, die z. B. für die Finanzierung der RegioBus-Linien verwendet werden können. Er kündigt daher die Ablehnung der Vorlage 25-26453 an.

Stadtbaurat Leuer erwartet, dass vor allem Unternehmen und deren Mitarbeitende Interesse an den neuen Parktickets haben, da Anwohnende und Gelegenheitsbesuchende andere Parkmöglichkeiten nutzen. Die Einnahmen spielen eine untergeordnete Rolle, da keine hohen Einnahmen erwartet werden. Ziel ist es, Firmen in dem Gebiet zu unterstützen, deren Beschäftigte oder Servicefahrzeuge auf Parkplätze angewiesen sind. Die vorgeschlagene Regelung soll diesen Unternehmen helfen, ohne die allgemeine Parkplatzsituation wesentlich zu verändern.

Ratsherr Pohler erinnert an einen früheren Antrag von CDU- und FDP-Fraktion, der bereits eine ähnliche Maßnahme vorsah, und kritisiert die eingetretene Verzögerung bei der Umsetzung. Er betont, dass die Maßnahme bereits 2022 hätte eingeführt werden können, was den Parkdruck hätte reduzieren können.

Ratsherr Behrens äußert Zweifel an der Notwendigkeit der neuen Parkregelung. Grundsätzlich geht es ihm um das Verhältnis von Push-und-Pull-Maßnahmen in der Verkehrspolitik. Er kritisiert, dass in Braunschweig die Push-Maßnahmen (Parkgebühren) umgesetzt wurden, die Pull-Maßnahmen (u.a. besserer ÖPNV) aber weitgehend ausblieben. Der ÖPNV sei teuer, der Ausbau der Straßenbahn stocke und Park-and-Ride werde kaum genutzt. Er stellt daher infrage, ob es sinnvoll ist, weitere Belastungen für Autofahrer einzuführen, ohne attraktive Alternativen anzubieten und kündigt für die Abstimmung über die Vorlage 25-26453 seine Enthaltung an.

Ratsherr Möller begrüßt den Vorschlag zur flexibleren Parkregelung ausdrücklich und kündigt für die FDP-Fraktion die Zustimmung zur Vorlage 25-26453 an. Er sieht darin einen Schritt hin zu mehr Bürgerfreundlichkeit und Nutzen für die Menschen, die in der Innenstadt arbeiten oder hier regelmäßig tätig sind. Er betont, dass es sich um ein zusätzliches Angebot handelt, dass aus seiner Sicht keine Parkplatzprobleme verschärft.

Stadtbaurat Leuer erklärt, er habe der Einführung des Langzeitparkscheins zuvor kritisch gegenübergestanden, da es seinerzeit keine ausreichenden Parkmöglichkeiten gab und weder Anwohnende noch Kundinnen und Kunden gut versorgt waren. Nach einer aktuellen Evaluation stellt sich die Situation nun anders dar. Das neue Parkticket könne ohne Nachteile für die Parkplatzsituation eingeführt werden. Stadtbaurat Leuer kündigt eine erneute Evaluation nach Einführung des Langzeitparkscheins an.

Auf die Nachfrage von Ratsfrau Arning, ob auch Schülerinnen und Schüler Interesse an einem Langzeitparkschein signalisiert haben, erklärt Stadtbaurat Leuer, dass ein Ticket für Berufsschüler bisher nicht als notwendig angesehen wurde; Rückmeldungen der Schülerinnen und Schülern waren sehr gering.

Ratsfrau Hahn hebt hervor, dass Beschlüsse basierend auf Erfahrungen und Evaluationen angepasst werden können und spricht sich für eine realistische, flexible Politik aus, die auf Grundlage von Bewertungen Maßnahmen anpasst.

Ratsfrau Jalschyko äußert Bedenken hinsichtlich der punktuellen Einführung der Maßnahme und fordert ein stadtweites Parkraumkonzept, das alle Braunschweigerinnen und Braunschweiger einbeziehe. Sie kritisiert, dass die Verwaltung auf einzelne Anliegen bestimmter Interessengruppen reagiere, während andere berechnigte Anliegen unberücksichtigt blieben. Sie kündigt die Ablehnung der Vorlage 25-26453 an.

Ratsherr Kühn widerspricht und betont, dass die Maßnahme auf einer fundierten Evaluation basiere und die Erfahrungen aus der Parkzone 1b als Grundlage für mögliche Erweiterungen dienen könnten.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 25-26453 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Die zweite Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 6 dagegen: 3 Enthaltungen: 1

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 25-26472 ein.

Ratsherr Behrens bringt den Änderungsantrag 25-26472-01 ein und begründet diesen.

Ratsherr Dr. Plinke kündigt die Zustimmung zur Vorlage 25-26472 an. Er weist darauf hin, dass die Technische Universität (TU) Braunschweig ein automatisiertes Parksysteem mit Kennzeichenerfassung einführen wird, was zu einem erhöhten Parkdruck in den umliegenden Vierteln führen könne. Den dadurch für die Verwaltung entstehenden zeitlichen Regelungsdruck vollzieht er daher nach. Den Änderungsantrag, der eine Ausweitung des Bewohnerparkens auf die gesamte Fahrradzone vorsieht, lehnt er ab.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth zur prozentualen Verteilung der Anwohnerparkplätze erklärt Stadtbaurat Leuer, dass die genaue Zahl derzeit nicht vorliege, da sie von der tatsächlichen Nachfrage abhängt. Er betont, dass die Einteilung der Parkflächen auf Grundlage der Bebauung und der erwarteten Nutzung erfolgt sei. Anpassungen seien jedoch möglich, falls sich die Nachfrage ändere. Er spricht sich gegen den Änderungsantrag 25-26472-01 aus, da die Nutzung der Flächen Vorrang vor der Frage habe, ob es sich um eine Fahrradstraße handele.

Ratsherr Pohler kündigt für die CDU-Fraktion die Zustimmung zur Vorlage 25-26472 an. Die Maßnahmen erachtet er als notwendig, um Verdrängungseffekte durch die TU-Bewirtschaftung zu vermeiden. Den Änderungsantrag 25-26472-01 lehnt die CDU-Fraktion ab, da dieser zu einer zusätzlichen Belastung von Studierenden führen könne, die auf ein Auto angewiesen seien.

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Dr. Wendenburg bestätigt Stadtbaurat Leuer, dass die zeitliche Abfolge der Maßnahmen mit der TU abgestimmt worden sei.

Ratsherr Behrens entgegnet, dass die Studierenden durch das neue TU-Parksysteem besser auf den TU-eigenen Parkplätzen parken könnten. Die im öffentlichen Raum freiwerdenden Flächen würden jedoch zulasten der Anwohnenden für Ortsfremde freigehalten.

Ratsherr Kühn entgegnet, dass sich Studierende aus unterschiedlichen persönlichen Gründen nicht für das TU-Parksysteem anmeldeten und daher auf Kurzzeitparkplätze angewiesen seien. Er betont, dass das Konzept Qualitätsstandard für Fahrradstraßen und -zonen keinen kompletten Ausschluss des Autoverkehrs vorsieht. Ziel sei es, Fahrradstraßen schrittweise zu verbessern und dass Fahrradstraßen in Braunschweig auch weiterhin für Autos nutzbar bleiben sollen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt zunächst den Änderungsantrag 25-26472-01 zur Abstimmung. Sie stellt fest, dass dieser abgelehnt wird und lässt sodann über die Vorlage 25-26472 abstimmen.

Beschluss:

Die Änderung der Parkregelung wird gemäß dem beigefügten Plan umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

**7.1. Anpassung der Parkregelungen um den TU Hauptcampus
Änderungsantrag zur Vorlage 25-26472**

25-26472-01

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Vorlage 25-26472 (TOP 7)

Beschluss:

Die in Anlage 1 beschriebene Parkraumbewirtschaftung wird wie folgt angepasst:
Entlang der bestehenden Fahrradstraßen im Umfeld des TU Campus soll eine Parkraumbewirtschaftung in Form von Bewohnerparken ohne Mischprinzip umgesetzt werden. Zusätzlich soll die Einrichtung von Bewohnerparkplätzen im Mischprinzip oder Kurzzeitparkflächen unmittelbar vor Geschäften den Einzelhandel unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 1 dagegen: 9 Enthaltungen: 0

8. Umfeldgestaltung Ferdinandbrücke

25-26440

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Ergänzungsvorlage 25-26440-01 (TOP 8.1)

Ergebnis:

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 25-26440-01

8.1. Umfeldgestaltung Ferdinandbrücke

25-26440-01

Protokollnotiz: Ratsfrau Jalyschko verlässt um 17:10 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Dr. Plinke kündigt seine Zustimmung zur Vorlage 25-26440 an. Er betont die Bedeutung eines umfassenden Konzepts zur Aufwertung des Brückenumfelds und dankt der Verwaltung für die Bereitschaft, zeitnah einen Ortstermin mit den beiden betroffenen Stadtbezirksräten zu organisieren. Er fragt zudem, ob die Brücke nach der Sanierung weiterhin für Einsatzfahrzeuge befahrbar sei.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass die Tragfähigkeit der Brücke durch die Sanierung nicht verändert wird und der aktuelle Zustand erhalten bleibt. Er hebt die historische Bedeutung der Brücke hervor und spricht sich dafür aus, deren Charakter zu bewahren. Gleichzeitig signalisiert er Bereitschaft, die Gestaltung des Umfelds gemeinsam mit den Stadtbezirksräten 130 Mitte und 310 Westliches Ringgebiet zu verbessern.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 25-26440 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Der Umfeldgestaltung im Bereich der Ferdinandbrücke wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Erschließung der IGS Wendenring (6. IGS)

25-26491

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Ergänzungsvorlage 25-26491-01 (TOP 9.1)

Ergebnis:

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 25-26491-01.

9.1. Erschließung der IGS Wendenring (6. IGS)

25-26491-01

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 25-26491 sowie die Ergänzungsvorlage 25-26491-01 ein.

Ratsfrau Kluth weist darauf hin, dass die Lichtsignalanlage an der Tunicastraße Radfahrende nicht erfasst, was insbesondere für den Schulweg problematisch sei. Sie betont die Dringlichkeit, hier eine Lösung zu finden.

Ratsherr Dr. Herr Plinke dankt der Verwaltung, die vom Stadtbezirksrat 330 vorgetragene Anregung zu prüfen, für den Bereich Wendenring zwischen den Einmündungen Hasenwinkel und Tunicastraße Tempo 30 anzuordnen und regt an, das Parken am Nordende der Huttenstraße temporär aufzuheben, um das Bringen von Schulkindern zu erleichtern. Zudem fragt er, ob die Zuwegung vom Ringgleis zum Schulgelände weiterhin für Zufußgehende und Radfahrende ermöglicht wird, um Umwege zu vermeiden.

Stadtbaurat Leuer teilt die Auffassung, dass die Erreichbarkeit des Schulgeländes vom Ringgleis gewährleistet sein sollte. Dies gelte es jedoch örtlich und in Abstimmung mit der Schule zu prüfen.

Ratsherr Behrens äußert erhebliche Bedenken hinsichtlich der Planung eines gemeinsamen Geh- und Radwegs vor dem Schulgelände. Er führt aus, dass die hohe Anzahl von Schülerinnen und Schülern, die hier gleichzeitig das Schulgelände verlassen, das Unfallrisiko erhöhen könnte. Er kritisiert, dass alternative Lösungen wie baulich getrennte Wege oder andere Verkehrsführungen nicht ausreichend geprüft worden seien und fordert eine Überarbeitung der Planung.

Herr Rossi lobt die in der Ergänzungsvorlage 25-26491-01 aufgeführten Maßnahmen wie u.a. den Bau einer Querungshilfe über den Wendenring und die Einrichtung einer Einbahnstraße in der Huttenstraße. Er äußert jedoch Bedenken hinsichtlich des Verkehrsaufkommens im Hasenwinkel durch Eltern, die ihre Kinder mit dem Auto bringen, und warnt in diesem Zusammenhang vor möglichen Konflikten mit Zufußgehenden und Radfahrenden. Darüber hinaus regt er an, die Radwege am Wenden- und Rebenring zu verbreitern, um den zu erwartenden Anstieg des Radverkehrs zu bewältigen.

Ratsherr Kühn kündigt für die SPD-Fraktion die Zustimmung zur Ergänzungsvorlage 25-26491-01 an. Aus seiner Sicht ist die Einrichtung eines gemeinsamen Geh- und Radweges im Bereich vor dem Schuleingang zwar nicht unproblematisch, die Breite von sechs Metern erachtet er jedoch bei gegenseitiger Rücksichtnahme als ausreichend.

Stadtbaurat Leuer erklärt hinsichtlich der Radwege am Ring, dass eine Verbreiterung aufgrund des begrenzten Platzes schwierig ist, Verbesserungen jedoch bei Sanierungsmaßnahmen möglich seien. Er verteidigt die Entscheidung für einen gemeinsamen Geh- und Radweg als die praktikabelste Lösung und betont, dass die Situation regelmäßig evaluiert werde, um mögliche Anpassungen vornehmen zu können.

Ratsherr Behrens betont, dass eine Trennung von Geh- und Radweg sinnvoll wäre. Das Platzproblem mache die Situation schwierig. Es müsse daher eine Entscheidung über die Priorisierung getroffen werden - etwa durch Anpassung der Radwegbreite oder andere bauliche Lösungen. Er hinterfragt zudem, ob die Querungshilfe trotz der Ampelanlage erforderlich ist oder ob auf diesem kurzen Abschnitt des Wendenring zwei Fahrspuren notwendig sind. Wichtig ist ihm, dass alle Optionen geprüft werden.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 25-26491 in der Fassung der Ergänzungsvorlage 25-26491-01 zur Abstimmung.

Beschluss (1 - 3 unverändert):

- „1. Der Planung und dem Bau der Querungshilfe über den Wendenring im Bereich der Einmündung Huttenstraße/Haupteingang der IGS Wendenring wird zugestimmt.
2. Der Anpassung des nördlichen Seitenrands am Wendenring westlich der Einfahrt Hasenwinkel zur Anlage eines Linksabbiegestreifens wird zugestimmt.
3. Der Einrichtung einer Einbahnstraße in der Huttenstraße wird zugestimmt.
4. Die Verwaltung prüft, ob für den Bereich Wendenring zwischen den Einmündungen Hasenwinkel und Tunicastraße Tempo 30 angeordnet werden sollte.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 1 Enthaltungen: 0

10. Anfragen

10.1. Mündliche Anfragen

10.1.1

Zu den Fragen von Ratsfrau Mundlos unter Bezugnahme auf die Baumaßnahme am Bahnübergang Wenden/Bechtsbüttel kündigt Stadtbaurat Leuer eine Beantwortung im Nachgang der Sitzung an:

1. Hat es gemäß Eisenbahnkreuzungsgesetz (EBKrG) eine Vereinbarung der Beteiligten (§ 5) oder eine Anordnung im Kreuzungsrechtsverfahren (§§ 6 und 7) gegeben? Falls ja, wann und mit welchen Ergebnissen?

Antwort:

Die DB InfraGO hat auf die Frage wie folgt geantwortet: „Im vorliegenden Fall wurde keine Vereinbarung gemäß § 5 EBKrG zwischen den Beteiligten geschlossen, ebenso wenig erfolgte eine Anordnung im Sinne der §§ 6 oder 7 EBKrG. Hintergrund ist, dass ursprünglich lediglich eine geringfügige Anpassung unter Wahrung des Bestandsschutzes vorgesehen war. Eine formelle Kreuzungsrechtsvereinbarung war daher zunächst nicht erforderlich. Die umfassendere Anpassung der Straßenbreite war erst zu einem späteren Zeitpunkt geplant. Kurz vor der geplanten Inbetriebnahme wurde das Argument des Bestandsschutzes jedoch vom zuständigen Abnahmeprüfer nicht mehr anerkannt. Dies führte dazu, dass die Anlage nicht abgenommen wurde und eine weitergehende Prüfung der rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen erforderlich wurde.“

2. Wann (Datum, Anlass, Beteiligte) wurde festgestellt, dass die Fahrbahnbreite des Bahnübergangs (mit von der Deutschen Bahn angegebenen 5,50 m) nicht den „aktuell geltenden Vorschriften“ (Info der DB) entspricht und vergrößert werden muss, weil die Begegnung von LKW aufgrund der zu geringen Breite nicht möglich sei?

Antwort:

Die DB InfraGO hat auf die Frage wie folgt geantwortet: „Die Prüfung dieses Sachverhalts ist nicht zielführend bzw. kann kurzfristig nicht eindeutig beantwortet werden, da die regelmäßige Verkehrsschau nicht über die Abteilung der Projekte durchgeführt wird. Es war jedoch bereits vorgesehen, dass die Straßenbreite nachträglich bis spätestens 2028 aufgeweitet wird und bis dahin der Bestandsschutz gelten soll. Dazu gab es im Mai vor Ort Termine mit der Stadt Braunschweig, dem EBA, den Regelwerksautoren, dem Projektleiter und weiteren Beteiligten. Der zuständige Abnahmeprüfer konnte aufgrund zahlreicher paralleler Maßnahmen nicht am Vor-Ort-Termin teilnehmen. Ein Ersatztermin wurde geprüft, konnte jedoch aufgrund der engen Zeitpläne aller Beteiligten und des Projektfortschritts nicht realisiert werden. Daher erfolgte die Bewertung der Situation durch den Abnahmeprüfer im Nachgang auf Basis der vorliegenden Unterlagen und Informationen. Da er im Rahmen seiner Abnahme auch für die Sicherheit haftet, hat er sich in diesem Fall dazu entschieden, die Situation anders zu bewerten und die Anlage nicht abzunehmen.“

3. Wie ist der Widerspruch zu erklären, dass in aktuellen Planungen der Stadt Braunschweig bei Sanierung und Umbau von Straßen (z.B. Lindenstraße) eine Mindestbreite von 5,50 m zugrunde gelegt wird, damit sich LKW gefahrlos begegnen können?

Antwort:

Die DB InfraGO hat auf die Frage wie folgt geantwortet: „Während sich die Stadt Braunschweig bei ihren Straßenbreiten an Regelwerken wie z.B. der RAST 06 orientiert, ist die DB InfraGO AG verpflichtet, ihr aktuell gültiges Regelwerk einzuhalten. Insbesondere im Bereich von Bahnübergängen gelten deutlich strengere Vorgaben, da hier zusätzliche sicherheitsrelevante Aspekte berücksichtigt werden müssen. Dies betrifft insbesondere sogenannte Begegnungsfälle, bei denen sich Fahrzeuge im Bereich des Bahnübergangs begegnen. In solchen Fällen können abweichende – teils größere – Mindestbreiten erforderlich sein.“

Die Verwaltung ergänzt die Antwort wie folgt: „Bei der benannte Lindenstraße handelt es sich um eine reine Wohnstraße, dort ist der Begegnungsfall Lkw/Lkw nicht bemessungsrelevant.“

In Ergänzung zu dieser Antwort hat die DB folgende allgemeine Stellungnahme abgegeben: „Wir haben vollstes Verständnis für die Einschränkungen und Unannehmlichkeiten, die durch die Sperrung des Bahnübergangs entstehen. Gleichzeitig erreichen uns derzeit über verschiedene Kanäle sehr viele Anfragen, deren Beantwortung erheblichen Zeitaufwand erfordert – Zeit, die wir dringend benötigen, um die Inbetriebnahme so schnell wie möglich voranzubringen. Wir möchten daher darauf hinweisen, dass eine Vielzahl paralleler Rückfragen unsere Kapazitäten zusätzlich bindet und die Wiederinbetriebnahme nicht beschleunigt. Die Ursachen und Abläufe der vergangenen Monate werden bereits durch das Eisenbahn-Bundesamt sowie interne Prüfstellen aufgearbeitet. Uns ist bewusst, dass die aktuelle Situation für alle Beteiligten unbefriedigend ist. Wir setzen deshalb sämtliche verfügbaren Ressourcen darauf, den Bahnübergang schnellstmöglich wieder in Betrieb zu nehmen, und bitten um Verständnis, wenn wir derzeit nicht jede Anfrage individuell beantworten können.“

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche verlässt um 17:45 Uhr die Sitzung.

10.1.2 - Radverkehr-Zählstelle Helmstedter Straße/Georg-Westermann-Allee

Ratsherr Dr. Plinke fragt zu der an der Einmündung Helmstedter Straße/Georg-Westermann-Allee errichteten Radverkehr-Zählstelle nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Inbetriebnahme.

Herr Wiegel informiert, dass bei der Abnahme der Zählstelle ein defektes Bauteil festgestellt wurde. Eine Inbetriebnahme sei nunmehr für Ende Oktober vorgesehen.

10.1.3 - Bahnübergang Pepperstieg

Stadtbaurat Leuer informiert auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth, dass der Bahnübergang Pepperstieg nach Auskunft der DB InfraGO am 24. Oktober 2025 in Betrieb genommen werden soll.

10.1.4 - Verkehrssituation Lichtwerkallee

Zu der von Ratsfrau Kluth nachgefragten Verkehrssituation in der Lichtwerkallee erläutert Stadtbaurat Leuer, dass die Lichtwerkallee im Gegensatz zur westlichen Mitgastraße derzeit noch nicht öffentlich gewidmet ist und damit noch in der Zuständigkeit der Erschließungsträgerin liegt. Die Übernahme durch die Stadt wird aktuell vorbereitet. Die Verwaltung wird kurzfristig auf die Erschließungsträgerin zugehen und empfehlen die Geschwindigkeit auf 30 km/h zu reduzieren. Die Planung sieht vor, dass die Lichtwerkallee im Endzustand als Tempo 30-Zone ausgewiesen wird.

10.1.5 - Antrag Qualitätsstandards für Fußwege

Ratsfrau Kluth erinnert an den beschlossenen Antrag Qualitätsstandards für Fußwege (DS 25-25972-02), der die Vorlage eines Umsetzungskonzept nach der Sommerpause vorsah.

Stadtbaurat Leuer informiert, dass ein Auftrag zur Erarbeitung eines Qualitätsstandards noch in diesem Jahr erteilt werden soll. Die Ausarbeitung werde voraussichtlich im Jahr 2026 fertiggestellt sein.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 17:55 Uhr.

gez. Kluth
Kluth
- Vorsitz -

gez. Leuer
Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Ender
Ender
- Schriftführung -